

Gemeinderatssitzung vom 23.10.2017

Beate Böhlen stürmte aus dem Baden-Badener Gemeinderatssaal - G20-Kosten-Diskussion um "Kaisers Bart" - OB Mergen: "Zum ersten Mal im Leben hat mich der Finanzminister angerufen"

Baden-Baden, 24.10.2017, 00:00 Uhr, Kommentar: Christian Frietsch
Aufgebracht stürmte gestern Abend Beate Böhlen aus dem ehrwürdigen Baden-Badener Rathausaal. Der Geduldsfaden war der Stadträtin und Landtagsabgeordneten gerissen bei der konfusen Diskussion um die Übernahme der Kosten des G20-Treffens in Höhe von 585.000 Euro durch die Steuerzahler Baden-Badens. Konfus auch deshalb, weil die Entscheidung zum eigenmächtigen Vorgehen von Oberbürgermeisterin Mergen längst schon an der Öffentlichkeit vorbei über die kommunalpolitische Bühne gegangen war.

Durch die emotionale Reaktion rettete Beate Böhlen aber nur halbwegs die Glaubwürdigkeit von Gemeinderat und Rathauspitze. Gestern Abend wurde nämlich bekannt, dass der Gemeinderat bereits am 20. Februar 2017 der Oberbürgermeisterin in einer nicht öffentlichen Sitzung eine Art rückwirkenden Freifahrtschein für ihre Entscheidung erteilt hatte. Die Verantwortlichen der Stadtverwaltung und ihr dazugehöriger Gemeinderat überraschten gestern Abend die Öffentlichkeit und die Medien mit einem immer wieder erfolgreichen Manöver. Eine öffentliche Diskussion wird angekündigt und dann ist zu erfahren, dass die Entscheidung schon längst gefallen ist. Kaum zu glauben, aber auch gestern Abend gehörte dieses Schemata wieder einmal zu der Aufführung einer öffentlichen Gemeinderatssitzung. Ein wieder gelungenes Manöver, aber zu einem hohen Preis. Das Konto der Glaubwürdigkeit der sogenannten etablierten Politiker dürfte auch in Baden-Baden wieder einmal einen Teil seines Kapitals verspielt haben.

Das zeigte auch ein Wortwechsel der Fraktionschefs der Freien Wähler und der SPD. Hans-Peter Ehinger, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler, stellte die Frage, was denn geschehe, wenn der Gemeinderat nicht zustimme, wer dann bezahle. Kurt Hochstuhl antwortete, dass ja schon alles bezahlt sei. Daraus schloss Hans-Peter Ehinger, dass es dann ja eine Diskussion um Kaisers Bart sei, da sich alle einig seien, dass die Veranstaltung ein Erfolg war. Je länger das Thema in der Öffentlichkeit diskutiert werde, «umso mehr Schaden wir uns».

So präsentierte sich die Baden-Badener Stadtverwaltung, zu der auch die Gemeinderäte gehören, in weitgehender gewohnter Einigkeit. Wäre da nicht der emotionale Auftritt von Beate Böhlen gewesen. Für ein gutes demokratisches Gefühl der Bürger ist aber auch das zu wenig. Die eigentliche Entscheidung über die Eigenmächtigkeit der Oberbürgermeisterin war unter Ausschluss der Öffentlichkeit schon am 20. Februar diesen Jahres über die nichtöffentliche Bühne des Gemeinderates gegangen und zwar mit 28 Ja-Stimmen, sechs Nein-Stimmen und drei Enthaltungen. Und diese Entscheidung vom 20. Februar wurde erst heute bekannt: «Der Gemeinderat erteilt seine Zustimmung, dass die Verbuchung der städtischen Kosten – nach derzeitigem Stand ca. 800.000 Euro – zunächst über die Kontierung ‘durchlaufende Gelder/Vorgänge’ erfolgt und sodann – analog zum NATO-Gipfel 2009 – nach dem G20-Treffen der Antrag auf Zulassung einer außerplanmäßigen Ausgabe gestellt wird, wenn die Kosten und ggf. die erhaltenen Erstattungen letztlich bekannt sind. Ergebnis: Mehrheitlich zugestimmt.»

Als Erklärung für ihre spontane Zusage ohne die demokratischen Entscheidungswege zu beachten, führte Margret Mergen gestern Abend an, dass zum ersten Mal im Leben sie der Finanzminister angerufen und die Frage gestellt habe, ob etwas dagegen spreche, wenn man nach Baden-Baden komme. In solchen Momenten sei eine schnelle Entscheidung entscheidend. Dies sei die Schwierigkeit gewesen, vor der sie gestanden habe, erklärte Oberbürgermeisterin Margret Mergen. Manchem kommt dabei in den Sinn was denn alles passieren könnte, wenn Vladimir Putin, Donald Trump oder dieser oder jener andere fesche Politiker im Baden-Badener Rathaus anrufen sollte.

Alle anderen Tagesordnungspunkte zu Gemeinderatssitzung von gestern Abend im goodnews4-Protokoll von Nadja Milke.

37. Sitzung des Gemeinderates

TOP 1 Bürgerfragestunde (Fragen, Anregungen und Vorschläge)

Bürgerin Rita Hampp fragte, wie viel Geld die Stadt Baden-Baden durch die Umstellung der Sondermüllsammlung auf nur noch eine zentrale Sammelstelle am Bauhof einspart und ob sich seither die Müllmenge der grauen Tonne erhöht habe. Sie erklärte, dass Menschen ohne Auto mit dem Bus für Hin- und Rückweg 5 Euro investieren müssten, um vielleicht eine Energiesparlampe zu entsorgen.

OB Mergen versprach eine schriftliche Beantwortung der Frage.

Bürger Asil Aydin meldete sich zum Tagesordnungspunkt 7, Bebauungsplan «Zähringer Hof». Er berichtete, dass er das «Kessler-Haus» erworben und zwei Jahre nach einem Mieter für das ehemalige Möbelgeschäft gesucht habe. Schließlich

habe er einen Mietinteressenten gefunden und einen Vorvertrag abgeschlossen. Dieser Mieter beabsichtige eine Wettannahmestelle in dem Gebäude zu betreiben. Nach Aussage von Asil Aydin habe er sich bei der Stadtverwaltung erkundigt, ob es möglich sei, dort eine Wettannahmestelle zu betreiben, was bejaht worden sei. Daraufhin habe er viel Geld in die Planungen investiert, die nötig seien, um eine entsprechende Genehmigung für die als Vergnügungsstätte geltende Wettannahmestelle zu erhalten. Nun habe er aus der Presse erfahren müssen, dass der Gemeinderat eine Bebauungsplanänderung beschließen soll, die Vergnügungsstätten in diesem Gebiet verbieten soll. Er empfinde dies als Entwertung seines Objekts und Enteignung. OB Mergen verwies darauf, dass das Thema als Tagesordnungspunkt 7 behandelt werde.

TOP 2 Informationen der Verwaltung

Bürgermeister Michael Geggus berichtete über die Entscheidung des Verwaltungsgerichts, den Eilantrag gegen den verkaufsoffenen Sonntag am 29. Oktober abzulehnen.

TOP 3 Bekanntgabe nicht öffentlich gefasster Beschlüsse

OB Mergen verwies dazu auf den Aushang im Rathaus.

TOP 4 Bericht zur Sicherheitslage in Baden-Baden durch die Polizei

Der Tagesordnungspunkt musste aus terminlichen Gründen seitens der Polizei abgesetzt werden.

TOP 5 Unesco-Welterbepbewerbung «Great Spas of Europe»

Managementplan Baden-Baden

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Nach den Richtlinien für die Durchführung der Welterbekonvention muss mit jedem Antrag zur Aufnahme in die Welterbeliste ein Managementplan vorgelegt werden, der erläutert, wie der außergewöhnliche universelle Wert des Gutes erhalten werden kann. Der Managementplan ist das zentrale Planungsinstrument für den Schutz, die Nutzung, die Pflege und die erfolgreiche Weiterentwicklung einer Welterbestätte. Für den Welterbeantrag der Great Spas of Europe, der im Januar 2018 eingereicht werden soll, legen alle elf Bewerberstädte ihre elf im Hinblick auf die Gliederung und die Inhalte aufeinander abgestimmten Managementpläne vor. Der Managementplan Baden-Baden nimmt Bezug auf den Strategischen Entwicklungsplan Baden-Baden 2020. Handlungsbereiche, Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten (Kap. 6 und 7) wurden mit den Fachgebieten und Dienststellen abgestimmt und fortentwickelt. Die

Bürgerschaft wurde in verschiedenen Veranstaltungen informiert und wird auch im Frühjahr erneut in die Umsetzung und Fortentwicklung des Planes eingebunden. Eine Veröffentlichung des Managementplanes ist für den Sommer 2018 vorgesehen. Da der Antrag für die Great Spas of Europe als eine Welterbestätte gestellt wird, ist zudem ein übergreifendes Managementsystem für alle elf Städte entwickelt worden, auf das die einzelnen Managementpläne der beteiligten Städte Bezug nehmen.

OB Mergen berichtete von den Anstrengungen, eine einheitliche Qualität der Bewerbung bei elf teilnehmenden Städten aus sieben verschiedenen Ländern. Baden-Baden tue alles, damit die Bewerbung rechtzeitig fertig werde. Interne Experten würden die Bewerbung bereits prüfen und es stelle sich die Frage, ob man eine nicht ganz perfekte Bewerbung bereits abgeben solle. In einigen Wochen gebe es wieder ein gemeinsames Treffen der Bewerberstädte.

Astrid Sperling-Theis, Grüne, fragte, warum der Begriff «Kultur» aus dem Wort Welterbe verschwunden sei.

Lisa Poetschki, Stabsstelle Stadtentwicklung und Denkmalpflege, erklärte, dass der Begriff «Welterbe» weiter gefasst sei als der Begriff «Weltkulturerbe» und man sich deshalb entschieden habe, diesen zu verwenden, da sich die Städte mit dem Siedlungstyp der europäischen Kurstädte bewerben und dazu neben Kultur auch Natur gehöre.

Heinz Gehri, Freie Wähler, fragte nach den Kosten für das Projekt Welterbe. OB Mergen antwortete, dass jährlich 90.000 Euro im Haushalt eingeplant seien. Kurt Hochstuhl machte auf den «zusätzlichen Charme» des Managementplans aufmerksam, der selbst wenn das Ziel Welterbe nicht erreicht würde, als strategisches Planungsinstrument für die Stadt diene.

Der Gemeinderat stimmte bei fünf Enthaltungen der Freien Wähler zu.

TOP 6 Umgestaltung Wörthböschelpark und Grünes Band;

Antrag auf Aufnahme in das Städtebauförderprogramm «Zukunft Stadtgrün»

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Entsprechend dem Strategischen Entwicklungsplan Baden-Baden 2020 sollen die dort formulierten Strategieziele «Das Grüne Band entlang der Oos zu einem durchgehenden und attraktiven Grünzug ausbauen» und «Innerstädtische Grünräume mit der offenen Landschaft durch Grüne Strahlen vernetzen» und die «Umgestaltung des Wörthböschelparks» als Park für generationsübergreifende Aktivitäten umgesetzt werden. Zur Erreichung dieser Strategieziele sind vom Fachgebiet Park und Garten in den nächsten Jahren mehrere Maßnahmen für den Bereich Wörthböschel und dessen Umfeld vorgesehen. In diesem Zusammenhang wird hier das Potenzial gesehen mit diesen Maßnahmen in das neu aufgesetzte Städtebauförderprogramm «Zukunft Stadtgrün»*

aufgenommen zu werden. Die vom Fachgebiet Park und Garten vorgesehenen Maßnahmen, die bereits im Haushalt für 2018/19 erfasst sind und im Zeitraum von 2018 bis 2021 umgesetzt werden sollen, werden mit Kosten von insgesamt 1.287.000 Euro beziffert. Bei Aufnahme in das Förderprogramm erhält die Stadt eine Finanzhilfe von 60 Prozent der förderfähigen Kosten, der Eigenanteil der Stadt beträgt 40 Prozent. Der Förderantrag ist bis spätestens 30.10.2017 beim RP KA einzureichen.

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 7 Bebauungsplan «Zähringer Hof – 1. Änderung»;

a) Änderungsbeschluss

b) Billigungsbeschluss

c) Offenlagebeschluss

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Bei dem zu ändernden Teil des B-Planes «Zähringer Hof» (i. K. 15.05.1976) handelt es sich um das einzige Kerngebiet nach §7 BauNVO der Stadt Baden-Baden. Aufgrund dessen sind in diesem Gebiet Vergnügungsstätten und Wettbüros allgemein zulässig. Dies ist städtebaulich nicht mehr vertretbar. Die Änderung des B-Planes soll analog des B-Planes «Ausschluss von Vergnügungsstätten TB I Innenstadt» (i. K. 07.03.2009) künftig im folgendem genannte Vergnügungsstätten ausschließen: 1. Vergnügungsstätten, deren überwiegende Zweckbestimmung die kommerzielle Nutzung von Glücksspielen und/oder Unterhaltungsgeräten (Spielhallen, Spielcasinos) ist. 2. Vergnügungsstätten, deren überwiegende Zweckbestimmung Sexdarbietungen sind. 3. Einzelhandelsbetriebe, die in nicht unerheblichem Umfang Waren und Dienstleistungen überwiegend sexuellen Charakters (Sexshops, Videotheken mit diesem Angebot und Ähnliches, wenn Sex-Videos in einer Kabine vorgeführt werden) anbieten. 4. Vergnügungsstätten, die zur Erzielung von Gewinnen durch Wetten oder Ähnlichem dienen. 5. Einrichtungen, die dem Aufenthalt und/oder der Bewirtung dienen und in denen gleichzeitig Glücksspiele nach § 284 StGB, Wetten, Sportwetten oder Lotterien angeboten werden. 6. Wettannahmestellen Weiterhin sind die in § 6 Abs. 2 Nr. 8 und Abs. 3 BauNVO genannten Nutzungen entsprechend § 1 Abs. 9 BauNVO ausgeschlossen.

Hans-Peter Ehinger, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler, fragte mit Bezug auf die Wortmeldung von Bürger Asil Aydin unter Tagesordnungspunkt 1, ob eine Genehmigung erteilt wurde für das Betreiben einer Wettannahmestelle.

Rudolf Schübert, Fachbereichsleiter Planen und Bauen, antwortete, dass keine Genehmigung erteilt wurde.

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 8 Bebauungsplan «Am Iffzer Weg – 1. Änderung und Erweiterung»

a) Einleitungsbeschluss

b) Beschluss über die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit

c) Beschluss über die Änderung des Flächennutzungsplans

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Die in Aussicht gestellte Trassenverlegung der Leitungen der TransNetBW, DB Energie und Netze EnBW (siehe Drucksache-Nr. 17.199) ermöglicht eine Erweiterung des Geltungsbereiches des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes «Am Iffzer Weg» im Stadtteil Sandweier. Je nach Zuschnitt entstehen 45 - 47 weitere Baufelder für Wohnbebauung. Für eine optimale Ausnutzung der Flächen sind die Überarbeitung des dem rechtsverbindlichen Bebauungsplan «Am Iffzer Weg» zu Grunde liegenden städtebaulichen Konzeptes sowie die Anpassung des Erschließungssystems erforderlich. Hierbei werden die aktuellen Bedarfe am Wohnungsmarkt berücksichtigt. Die Darstellungen des Flächennutzungsplans 2025 sind im Parallelverfahren anzupassen.*

Der Gemeinderat stimmte bei vier Enthaltungen zu.

TOP 9 Verabschiedung des StadtseNIorenplanes Baden-Baden

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Der Sozialausschuss hat am 23.10.2014 dem Vorhaben der Verwaltung zugestimmt, ein Konzept für eine partizipative und qualifizierte Altenhilfeplanung zu erarbeiten und zur Unterstützung ein externes Institut zu beauftragen. Es sind vor allem demographische Entwicklungen, die in den kommenden Jahren zu einem größeren Anteil älterer Menschen mit entsprechendem ambulanten-, teilstationären und stationären Unterstützungsbedarf in Baden-Baden führen werden. Zudem beinhaltet die Landesheimbauverordnung neue Anforderungen mit Auswirkungen auf die Versorgungsstruktur. Nach einem umfassenden Evaluations- und Beteiligungsprozess werden die mit Unterstützung des Kommunalverbands für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) erarbeiteten Erkenntnisse in Form von Handlungsempfehlungen im StadtseNIorenplan Baden-Baden vorgestellt. Diese Empfehlungen sollen mit den Beteiligten schrittweise in die Praxis umgesetzt werden. Mit den Maßnahmen soll der Stadtkreis Baden-Baden auf die künftigen Entwicklungen vorbereitet werden. Der Plan ist ausführlich gestaltet, enthält bewusst gute Beispiele aus anderen Kommunen und stellt auch die Situation in Baden-Württemberg dar.*

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

**TOP 10 Kommunale Behindertenbeauftragte für die Stadt Baden-Baden
hier: weitere Bestellung für zwei Jahre ab dem 01.01.2018**

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Aufgrund des seit 01.01.2015 geltenden Landesbehindertengleichstellungsgesetzes (LBGG) sind die Stadt- und Landkreise verpflichtet, eine/n Behindertenbeauftragte/n zu bestellen. Das Amt kann hauptamtlich oder ehrenamtlich wahrgenommen werden. Der Gemeinderat der Stadt Baden-Baden hat am 21.12.2015 beschlossen (Drucksache Nr. 15.350), Frau Beate Wirth als ehrenamtliche kommunale Behindertenbeauftragte, zunächst befristet bis 31.12.2017, zu bestellen. Aus dem Rechenschaftsbericht vom 12.09.2017 (siehe Anlage 1) ergibt sich die erfolgreiche Arbeit von Frau Wirth mit zahlreichen Aktivitäten. Frau Wirth nimmt das Amt gerne wahr und ist bereit, die Arbeit ehrenamtlich weitere zwei Jahre bis 31.12.2019 fortzusetzen.*

Auf Antrag von Stadträtin Astrid Sperling-Theis, wurde der Tagesordnungspunkt nichtöffentlich beraten.

OB Mergen teilte im Anschluss an die nichtöffentliche Beratung mit, dass der Antrag von Astrid Sperling-Theis, die Stelle der Kommunalen Behindertenbeauftragten hauptamtlich und nicht ehrenamtlich zu besetzen, abgelehnt wurde. Sie erklärte, dass das derzeitige Modell gut laufe und stellte in Aussicht, rechtzeitig vor Ablauf der zwei Jahre wieder darüber zu beraten.

Der Gemeinderat stimmte bei neun Neinstimmen zu.

TOP 11 Gemeinschaftskläranlage – 4. Reinigungsstufe; Projektbeschluss

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Die zunehmende Belastung unserer Gewässer mit Spurenstoffen erfordert Handlungsbedarf. Zur Entfernung dieser Spurenstoffe soll eine 4. Reinigungsstufe installiert werden. Hierfür kommt Aktivkohle zum Einsatz. Da der Eigenbetrieb Umwelttechnik derzeit ein Verfahren überprüft, aus Pflanzenresten aktivierte Pflanzenkohle herzustellen, wäre der Einsatz dieser Kohle für die 4. Reinigungsstufe wünschenswert. Zur Realisierung einer 4. Reinigungsstufe gibt es unterschiedliche Verfahren. Die Standardlösung mit nachgeschalteten Absetzbecken und Filteranlagen kostet ca. 20 Mio. Euro, die alternative Simultanlösung, bei der die Aktivkohle direkt in den Abwasserstrom gegeben wird, beläuft sich auf ca. 10 Mio. Euro. Vom Land werden derzeit 20 Prozent Fördermittel gewährt, bei Einsatz einer innovativen Technologie, was die eigenproduzierte Pflanzenaktivkohle darstellt, werden nochmals 20 Prozent, also in der Summe 40 Prozent Fördermittel gewährt. Entsprechend dem zu tätigen Aufwand wird ein Projektbeschluss erforderlich.*

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 12 Bestellung eines Abschlussprüfers für die Stadtwerke Baden-Baden und die Parkgaragengesellschaft Baden-Baden mbH

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2017 der Stadtwerke Baden-Baden wird die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EversheimStuible Treuberater GmbH, Stuttgart beauftragt. Die Ausschreibung war für die Jahre 2017 – 2021. Die Beauftragung für die folgenden Wirtschaftsjahre erfolgt jeweils einzeln.*

Der Aufsichtsrat der Parkgaragengesellschaft Baden-Baden mbH wird ermächtigt, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EversheimStuible Treuberater GmbH, Stuttgart mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2017 zu beauftragen. Die Ausschreibung war für die Jahre 2017 – 2021. Die Beauftragung für die folgenden Wirtschaftsjahre erfolgt jeweils einzeln.

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 13 Genehmigung einer außerplanmäßigen Maßnahme Kosten G20 – Treffen der Finanzminister & Notenbankgouverneure am 17. und 18. März 2017 in Baden-Baden

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Der Gemeinderat genehmigt die außerplanmäßige Maßnahme zur Vorbereitung und Durchführung des G20-Treffens der Finanzminister & Notenbankgouverneure vom März 2017 in Höhe von 584.978,29 Euro.*

OB Mergen erklärte zur Kritik an Art und Höhe der Kosten, dass diese überwiegend durch Personaleinsätze bei den zivilen Kräften wie Feuerwehr und Rettungsdienste entstanden seien sowie verwaltungsinterne Aufwendungen, zum Beispiel durch das Gartenamt. Bei beiden Kostenpunkten bleibe das Geld in der Stadt. Nur die Schließung der Baustelle am Leopoldsplatz habe zusätzliche Sachkosten verursacht. Zu der Frage, ob der Gemeinderat die Durchführung des G20-Treffens in Baden-Baden hätte beschließen müssen, berichtete, dass sie am 29. Februar 2016 nach dem Telefonat mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble den Gemeinderat in öffentlicher Sitzung informiert habe, dass im Frühjahr 2017 das Treffen der G20 Finanzminister und Notenbankgouverneure in Baden-Baden stattfinden soll. Danach habe sie in mehreren Sitzungen immer wieder über den Planungsstand informiert und sie erinnerte den Gemeinderat daran, dass dieser am 20. Februar 2017 mehrheitlich der Verbuchung der städtischen Kosten, damals im Rahmen von 800.000 Euro, zugestimmt habe. Sie verwies auf die hohe internationale Aufmerksamkeit durch das G20-Treffen in Baden-Baden – auch über den NATO-Gipfel werde immer noch gesprochen. Baden-Baden habe sich als Ort internationaler Begegnungen präsentiert. Auch beim NATO-Gipfel habe der Gemeinderat in gleicher

Weise zunächst nur Kenntnis genommen und danach erst die Beschlüsse gefasst, dieses Vorgehen habe sich also bewährt. 600 akkreditierte Journalisten hätten wunderbare Bilder von Baden-Baden in die ganze Welt getragen.

Astrid Sperling-Theis, Die Grünen, bezweifelte den Werbeeffect des G20-Treffens für Baden-Baden und fragte, wer denn wisse, wo vor zwei Jahren das Treffen der G20-Finanzminister gewesen sei.

Armin Schöpflin, CDU-Fraktionsvorsitzender, bedauerte die losgetretene öffentliche Diskussion, die die positiven Aspekte überlagere. Baden-Baden sei Gastgeber eines Großereignisses gewesen und die Zusammenarbeit der Rettungsdienste und der Polizei habe geübt werden können. Der Gemeinderat sei informiert gewesen und es habe nur ganz wenig Kritik gegeben. Die Kosten habe niemand abschätzen können und OB Mergen habe sich ja um Kostenübernahme durch Land und Bund bemüht, das zeige der Schriftwechsel. Ihr jetzt bewusstes Fehlverhalten anzulasten, sei einfach unfair und riskiere, dass Baden-Baden für solche Ereignisse nicht mehr vorgeschlagen werde und schade unserer Stadt.

Beate Böhlen, Grünen-Fraktionsvorsitzende, kritisierte die «Art und Weise» des Vorgehens von OB Mergen. Auch ihre Fraktion freue sich über die positiven Bilder aus Baden-Baden, aber ein solches Projekt müsse durch den Gemeinderat entschieden werden. OB Mergen hätte bei ihrem Telefonat mit Wolfgang Schäuble die Zusage vorbehaltlich der Zustimmung des Gemeinderats geben sollen. Sie könne nicht eine Ausgabe von 585.000 Euro alleine verantworten. Sie warf der Oberbürgermeisterin vor, dass sie nicht einsichtig sei und glaube, richtig gehandelt zu haben. Die Fraktion der Grünen könne nicht zustimmen und damit verantworten, dass die Oberbürgermeisterin beim nächsten Mal wieder so vorgehe und die Kosten nachträglich vom Gemeinderat absegnen lasse.

Kurt Hochstuhl erklärte, dass seine Fraktion Schwierigkeiten damit habe, die Kosten einfach so durchzuwinken. Auch die Zuschüttung und Wiederöffnung des Leopoldsplatzes sei ihr ein Dorn im Auge angesichts des SPD-Antrags im Juni 2016, die Sanierung des Leopoldsplatzes wegen des G20-Treffens um ein Jahr zu verschieben. Dies hätte Baden-Baden vielleicht sogar mehr erspart als die rund 90.000 Euro. Auch er äußerte sich erfreut über die positive Außenwirkung der Veranstaltung für Baden-Baden, allerdings habe der Gemeinderat keine Chance gehabt, sich öffentlich zu dem G20-Treffen zu bekennen. Die Oberbürgermeisterin habe «vielleicht basierend auf dem Verständnis 'die Stadt bin ich'» gehandelt.

Hans-Peter Ehinger, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler, stellte die Frage was denn geschehe, wenn der Gemeinderat nicht zustimme und wer dann bezahle. Kurt Hochstuhl antwortete, dass ja schon alles bezahlt sei. Daraus schloss Hans-Peter Ehinger, dass es dann ja eine Diskussion um Kaisers Bart sei, da sich alle einig

sein, dass die Veranstaltung ein Erfolg war. Je länger das Thema in der Öffentlichkeit diskutiert werde, «umso mehr Schaden wir uns».

Martin Ernst, FBB, gestand Oberbürgermeisterin Margret Mergen zwar zu, «580.000 Euro für weltweite Werbung auszugeben», das hätte ruhig auch noch mehr sein dürfen, aber die Reihenfolge, in der die OB vorgegangen sei, sei nicht richtig gewesen.

Hans Schindler erklärte, dass der März einer der touristisch schwächsten Monate des Jahres sei und alle Akteure heilfroh gewesen seien über die Übernachtungszahlen durch das G20-Treffen. Dennoch könne der Gemeinderat das Versäumnis der Oberbürgermeisterin nicht gerade so hinnehmen. Er habe ohnedies kein Verständnis dafür, dass die Kosten nicht von dem Verursacher bezahlt werden. Er dankte Oberbürgermeisterin Mergen für die «außergewöhnliche Veranstaltung», die sie «selbstverständlich sofort zugesagt und nach Baden-Baden geholt» habe.

Rolf Pilarski, betonte, dass der Gemeinderat die Ausgaben vorher und nicht danach genehmigen müsse.

OB Mergen erklärte noch einmal, dass sie am 29. Februar 2016 in öffentlicher Gemeinderatssitzung über das G20-Treffen informiert habe und der Gemeinderat habe nicht zu erkennen gegeben, dass er die Veranstaltung nicht wolle. Daraufhin schlug Beate Böhlen auf den Tisch und erklärte, dass sie den Gemeinderatssaal verlassen müsse. Auf den Kommentar von Klaus Bloedt-Werner, CDU: «Wer rausgeht, kommt auch wieder rein», antwortete Beate Böhlen im Hinausgehen: «Und wer drinbleibt, ist vielleicht kein Demokrat.»

OB Mergen fuhr fort, indem sie Kurt Hochstuhl für die Brücke, die er geschlagen habe, dankte und ihm Recht gab. Sie entschuldigte sich dafür, dass sie dem Gemeinderat nicht die Möglichkeit gegeben habe, sich öffentlich zu dem G20-Treffen zu bekennen und versprach, es das nächste Mal anders zu machen. Sie gestand: «Die Kritik trifft mich sehr», und warb um Verständnis. Zum ersten Mal im Leben habe sie der Finanzminister angerufen und die Frage gestellt, ob etwas dagegen spreche, wenn man nach Baden-Baden komme. In solchen Momenten sei eine schnelle Entscheidung entscheidend. Dies sei die Schwierigkeit gewesen, vor der sie gestanden habe.

Beate Böhlen kehrte wieder zurück in den Gemeinderatssaal und erklärte, dass ihr der Geduldsfaden gerissen sei und ihr demokratisches Grundverständnis erschüttert sei. Sie warf der Oberbürgermeisterin vor, dass sie die «Problematik» nicht sehe und sie habe in der Vergangenheit schon mehrfach darauf aufmerksam gemacht. Sie wiederholte, dass OB Mergen die Zusage an Wolfgang Schäuble vorbehaltlich der Zustimmung des Gemeinderats hätte geben sollen und kritisierte das «süffisante Grinsen» der Oberbürgermeisterin. Sie könne nicht zustimmen, da sie nicht wisse,

wann die Oberbürgermeisterin wieder meine, «über 600.000 Euro frei entscheiden» zu können. Dieses Verhalten der Oberbürgermeisterin und der CDU sei es, das die Leute politikverdrossen mache.

Werner Henn merkte an, dass die Argumente nun schon mehrfach ausgetauscht worden seien und beantragte das Ende der Debatte, gestand jedoch Armin Schöpflin zu, noch einmal das Wort zu ergreifen. Dieser kritisierte Beate Böhlen für ihre Bemerkung zu dem «süffisanten Lächeln» der Oberbürgermeisterin und bat, «ein gewisses Niveau nicht zu verlassen». Beate Böhlen entschuldigte sich daraufhin bei Margret Mergen für ihre Äußerung. Die Oberbürgermeisterin nahm die Entschuldigung an.

Der Gemeinderat stimmte bei 22 Ja-, neun Neinstimmen und sieben Enthaltungen zu.

TOP 14 Vollzug des Haushalts 2016

Zulassung von außer- und überplanmäßigen Aufwendungen des Ergebnishaushaltes und Auszahlungen des Finanzhaushaltes über 250.000 Euro

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 15 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Klinikum Mittelbaden gGmbH

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 16 Anfragen aus dem Gemeinderat

Heinrich Liesen, FBB, beantragte ein zweites Gutachten zur Sperrung der Fieserbrücke für den Fußgängerverkehr. Die derzeitige Absperrung sei für das Stadtbild eine Katastrophe.

Erster Bürgermeister Alexander Uhlig stimmte zu, dass die Absperrung «grauslich» aussehe und nicht lange aufrechterhalten werden könne. Die Verwaltung sei in Vorbereitung einer Vorlage für den Gemeinderat, der einen Grundsatzbeschluss zu treffen habe über Neubau oder Sanierung der Brücke.

Hans Schindler, FDP, unterstützte den Antrag von Heinrich Liesen und Alexander Uhlig antwortete, dass ein zweites Ingenieurbüro bereits beauftragt sei.

Werner Henn, SPD, fragte wie es mit den Bauprojekten des SWR weitergehe. Er berichtete von gravierenden Einschnitten bei den Arbeitsplätzen, dass die ARD zwei Milliarden Euro einsparen müsse und zeigte sich besorgt, dass dies auch den Standort Baden-Baden und die Pläne für den Bau des neuen Medienzentrums betreffen könnte. Dies könne dazu führen, dass man den Neubau nicht in dem geplanten Ausmaß benötige und das Gebiet am Tannenhof trotzdem bebaut würde.

Erster Bürgermeister Uhlig antwortete, dass die Abstimmung zur Wohnbebauung laufe und es noch Probleme gebe, die beraten werden müssten.

OB Mergen berichtete von Gesprächen mit dem SWR, in denen ihr versichert wurde, dass der Rundfunkrat den Neubau beschlossen habe und dieser auch gebaut werde. Sie habe die Landtagsabgeordneten gebeten, «in den Medienrat hineinzuhören» und zu signalisieren, wenn der Zeitpunkt gekommen sei, sich lautstark zu positionieren.

Rolf Pilarski, FDP, fragte nach dem Stand des Hotelprojektes im Babo-Hochhaus.

OB Mergen antwortete, dass sie bei all den schönen Vorschlägen zur Einrichtung eines deutsch-französischen Zentrums, wie zuletzt durch den Eigentümer des Babo-Hochhauses, sich immer die Frage stelle, wer das betreiben solle. Sie habe in einem Schreiben dem Eigentümer erklärt, dass nun als nächster Schritt für das Hotelprojekt ein Statik-Gutachten erstellt werden müsse.

Alexander Uhlig ergänzte, dass in baufachlicher Hinsicht alles geklärt sei und was fehle, sei die Statik. Die finanziellen Ausgaben dafür scheine der Eigentümer zu scheuen und damit stehe das Projekt still.

Die 37. Sitzung des Gemeinderates war die letzte Sitzung von Bürgermeister Michael Geggus, der zum Monatsende aus dem Amt scheidet. OB Mergen dankte Michael Geggus für seine Arbeit, insbesondere in den Bereichen Bildung, Kinderbetreuung, PFC-Problematik und Flüchtlinge. Er habe viel Leidenschaft und Herzblut gezeigt und sei nicht immer handzahn und pflegeleicht gewesen, jedoch müsse man auch streiten können, um gute Ergebnisse für die Stadt zu erhalten. Sie dankte ihm für die kollegiale Zusammenarbeit, auch wenn man im Wahlkampf miteinander gerungen habe.

Michael Geggus bedankte sich bei OB Mergen für die sachliche und professionelle Zusammenarbeit. Er erinnerte daran, dass es wohl kein Bürgermeister vor ihm so schwer gehabt habe, Bürgermeister zu werden und dankte dem Gemeinderat für seine Wahl. Der Gemeinderat habe es ihm nicht immer leicht gemacht und er habe es dem Gemeinderat nicht immer leicht gemacht, er habe aber am Ende immer sagen können: Jetzt sind wir wieder gut miteinander. Schließlich dankte er noch den Mitarbeitern der Verwaltung, die bei immer mehr Arbeitsverdichtung phänomenale Arbeit leisten würden. Ihm sei nicht bange um die Zukunft Baden-Badens.